

Bitte unbedingt beachten

Sperrfrist: Dieser Aufruf darf nicht vor dem 21. Juni publiziert werden

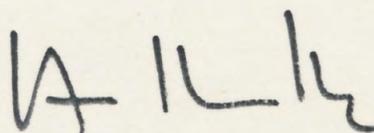
Aufruf des Bundespräsidenten zum Tag der Flüchtlinge

Das Datum des "Tag des Flüchtlings" ist zufällig, denn jeder Tag sollte uns daran erinnern, dass unschuldige Menschen irgendwo auf der Flucht sind, irgendwo in unbeschreiblicher Not einer ungewissen Zukunft entgegengehen oder an Hunger sterben. Auf diese Not soll am heutigen Tag besonders aufmerksam gemacht werden; auch die Flüchtlinge, die in unserem Land dauernd oder vorübergehend eine Bleibe gefunden haben, bedürfen unserer besondern Aufmerksamkeit.

Die grösszügige Asylpolitik gehört zu den Traditionen unseres Landes, und wir wollen dieser Tradition treu bleiben, tun was in unseren Kräften steht, uns bemühen, aus Flüchtlingen Nachbarn zu machen, aus Fremden Freunde.

Die moderne Nachrichtentechnik führt uns täglich das Flüchtlingselend in Asien, Südamerika und insbesondere in Afrika vor Augen. Dabei wird uns bewusst, dass unsere Asylpolitik wohl grosszügig gehandhabt werden muss, sie aber bei weitem nicht ausreicht, die Hungernden zu stillen, die Flüchtenden aufzunehmen, die Not zu lindern. Die landesweite Hilfsaktion verdient die volle Unterstützung des Schweizer Volkes, ja sie wird angesichts der Not und des Hungers zu einer Gewissensfrage. Die schweizerischen Hilfswerke sind mit riesigen humanitären Aufgaben konfrontiert, sie tun ihr Möglichstes, ihnen gerecht zu werden. Dazu bedarf es der grosszügigen und selbstlosen Unterstützung eines jeden von uns.

Die schweizerischen Hilfswerke sind bis heute von der Bevölkerung grosszügig unterstützt worden. Dafür möchte ich allen meinen tiefempfundenen Dank aussprechen. Wir müssen sehen und hören, dass Millionen von Menschen vom Hunger bedroht sind, täglich mehr als 100 Kinder an Hunger sterben und die Not immer grösser wird. Angesichts dieses Elendes rufe ich im Namen des Bundesrats alle Schweizerinnen und Schweizer auf, die gegenwärtige Sammlung mit einem Beitrag zu unterstützen, damit die Hilfswerke ihre dringend notwendige Tätigkeit fortsetzen und noch verstärken können.



Georges-André Chevallaz
Bundespräsident

